



EINE SCHULE FÜR ALLE!

Gemeinsam lernen bis Klasse 10

Perspektiven für die Bremer Schulpolitik

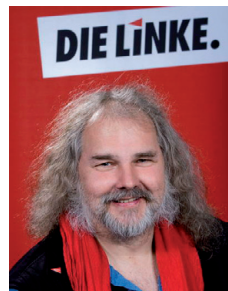
DIE LINKE.

Fraktion in der
Bremischen Bürgerschaft

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

im November 2007 wurde zur wesentlichen Verbesserung des Bremer Bildungssystems der *Fachausschuss für Schulentwicklung* einberufen. DIE LINKE hat die Zielsetzung des Ausschusses in folgenden Punkten unterstützt:

- Entkoppelung von sozialer Herkunft und Schulerfolg,
- Verbesserung der Qualität von Schule und Unterricht,
- Weiterentwicklung des Bremischen Schulsystems,
- stadtteilbezogene Kooperation.



Nach nun fast einjähriger Beratung zeichnet sich jedoch ein zweigliedriges Schulsystem ab, das letztlich das Zweiklassenmodell – Gymnasium und „Restschulen“ – fortsetzen wird.

DIE LINKE setzt sich auf der Basis ihres Wahlprogramms konsequent und als einzige Partei für *eine Schule für alle* ein, weil nur diese Schulform hohe Bildungsstandards und Chancengleichheit für alle SchülerInnen verwirklichen kann.

Wir freuen uns, Ihnen jetzt unsere Perspektiven und Forderungen, den Stand unserer Diskussion für *eine Schule für alle* vorstellen zu können. Die Fraktion dankt ihrem bildungspolitischen Sprecher Jost Beilken, ihrer städtischen Bildungsdeputierten Agnes Alpers, den beteiligten MitarbeiterInnen der Fraktion und dem Arbeitskreis „Emanzipatorische Bildung“ der Landespartei für die Erarbeitung dieser Broschüre.

Bitte vormerken: Am 27. September 2008 führen wir im Roten Salon des Speicher XI (Überseestadt) eine Veranstaltung zur Schulentwicklung durch, bei der wir unsere Standpunkte mit allen am Bremer Schulleben Beteiligten und Interessierten diskutieren möchten. Aktuelle Informationen zu dieser Veranstaltung finden Sie im Internet unter www.schulentwicklung-bremen.de.

Mit herzlichen Grüßen

A stylized, handwritten signature in black ink, consisting of several fluid, connected strokes.

Peter Erlanson
Fraktionsvorsitzender

Bremen, im August 2008

Inhalt

Bildungspolitik entscheidet	3
Chancenungleichheit in Bremen heute	4
Das 2-Säulen-Modell – ein alter Hut	5
Kulturelle Offenheit und Migration	7
Integration der SchülerInnen mit Förderbedarf	10
Anforderungen an eine zeitgemäße Schule	12
Eckpunkte für <i>eine Schule für alle</i>	14
Planungssicherheit schaffen: gesetzlich, finanziell und zeitnah	17

Bildungspolitik entscheidet

Bildung entscheidet. Die Wahl der „richtigen“ Schule, oft schon des „richtigen“ Kindergartens, stellt Weichen für spätere Lebenschancen, die im deutschen Bildungssystem kaum noch korrigiert werden können. Entsprechend braucht man die „richtigen“ Schulnoten und Empfehlungen, sonst sind die Wege versperrt. Der dadurch aufgebaute Erwartungs- und Leistungsdruck lastet heute auf SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern gleichermaßen.

Bildung entscheidet – auch darüber, ob alle Kinder die Chance haben, sich persönlich zu entwickeln, ob sie die optimalen Möglichkeiten für ihre Lebensgestaltung erhalten und die Voraussetzungen dafür, an unserer Gesellschaft aufgeschlossen, erfolgreich und befriedigend teilzunehmen und sie entsprechend mitzugestalten. In den kommenden Wochen ist die Bremer Bildungspolitik gefordert, Weichen für die Zukunft der Schülerinnen und Schüler von heute und morgen zu stellen.

International hat sich die „integrative Beschulung“ als beste Möglichkeit für die anzustrebende Entkopplung von sozialer Herkunft und Schulerfolg bewährt. Unter diesem Modell wird vornehmlich gemeinsam gelernt und lange in Bildung investiert. Länder, die kontinuierlich und verlässlich in Bildung investieren, belegen bei Vergleichsuntersuchungen wie PISA regelmäßig vordere Plätze.

In Deutschland wird über die gleichberechtigte Teilhabe aller an Bildung zwar gesprochen, aber sie wird nicht ermöglicht. Unser Bildungssystem grenzt von Anfang an viele aus. Die Folge: Nur 5 Prozent aller 15-jährigen Bremer SchülerInnen erreichen bei PISA 2000 die höchste Kompetenzstufe, d. h., dass sie u. a. in der Lage sind, unbekannte, komplexe Texte flexibel zu nutzen. Mehr als ein Drittel dieser Altersstufe erreicht nur das Niveau der Grundschule. Besonders benachteiligt sind materiell arme Kinder, Kinder aus Migrationsfamilien, Kinder mit Förderbedarf, Kinder von Alleinerziehenden und Kinder aus kinderreichen Familien.

Gemäß der offiziellen Statistik der Arbeitsagentur (Stand: Sept. 2007) stellen im Land Bremen SekundarschülerInnen und Jugendliche ohne Schulabschluss mit 80 Prozent noch immer den höchsten Anteil der von Ausbildungs- und Arbeitslosigkeit betroffenen Jugendlichen dar. Unter ihnen ist die Zahl an MigrantInnen besonders hoch.

In wenigen Jahren werden mehr als 50 Prozent der Bremer SchülerInnen einen Migrationshintergrund haben. Die Kinder von heute werden die Gesellschaft von morgen gestalten müssen. Es ist ein gesellschaftspolitischer Skandal, wenn sie bei ihrer (Aus-)Bildung aufgrund von Herkunft selektiert statt einzeln mit all ihren Kompetenzen gefördert werden.

Chancenungleichheit in Bremen heute

„Wer das ‚Glück‘ hat, in einem der situierteren Stadtteile aufzuwachsen, hat eine teils viermal größere Chance, auf eine weiterführende Schule zu gelangen, als ein Kind, das das ‚Pech‘ hatte, in einem benachteiligten Quartier geboren zu werden.“

Armutsbericht 2007, Arbeitnehmerkammer Bremen



Gemeinsam wären sie stärker: ein Eliteschüler und „der Rest“

Ein entscheidendes Kennzeichen der sozialen Segregation ist die sozialräumliche Polarisierung in den Stadtteilen: Haushalte mit geringem Einkommen lassen sich schwerpunktmäßig in Bezirken mit verhältnismäßig preisgünstigen Wohnungen nieder. Dadurch tritt das Armutsrisiko in bestimmten Stadtteilen überproportional in den Vordergrund. Beispiel: In der Stadt Bremen lebt die Hälfte der erwerbsfähigen BezieherInnen von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld in nur 20 von insgesamt 82 Ortsteilen.

In Bremen wächst schon heute jedes dritte Kind in Armut auf, in Bremerhaven jedes 2,5te Kind. Im März 2007 lebten in der Stadt Bremen durchschnittlich 30,2 Prozent der Kinder unter 15 Jahren in Familien, die Sozialhilfe beziehen; in Bremerhaven waren es 41,5 Prozent. Auf einzelne Stadtteile verteilt, ergibt sich folgendes Bild:

Tenever	60,0%	Habenhausen	6,3%
Neue Vahr Nord	58,7%	Oberneuland	4,9%
Gröpelingen	47,1%	Borgfeld	2,0%

Betrachtet man nun die einzelnen Stadtteile, so leben im sozial belasteten Stadtteil Tenever 3 von 5 Kindern in Armut, im gut situiertem Borgfeld hingegen 1 von 50. Die Chancen, einen höheren Schulabschluss zu erhalten, sind eng an diese Herkunftsviertel gekoppelt. In Tenever besuchen nur knapp 17 Prozent der SchülerInnen die Sekundarstufe II, in Borgfeld sind es 58,5 Prozent. In Bremerhaven

vollzieht sich die Spannbreite der von Armut betroffenen Kinder von 7,4 Prozent in Speckenbüttel bis zu 64,6 Prozent im Ortsteil Goethestraße. (Alle Angaben aus: Armutsbericht 2007, Arbeitnehmerkammer Bremen.)

Die gleichberechtigte Teilhabe an Bildung setzt voraus, dass die materielle Armut konzentriert bekämpft wird. Hierzu gehören der Abbau der Arbeitslosigkeit, die Förderung eines Öffentlichen Beschäftigungssektors, die Erhöhung der Regelsätze des Arbeitslosengeldes II, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, eine deutliche Ausweitung der Stadterneuerungsprojekte (wie z. B. die WIN-Projekte), Ausbau und Vernetzung sozialer Einrichtungen und Strukturen in den Stadtteilen sowie die verbindliche Finanzierung für die Stadterneuerung.

Gleichberechtigte Teilhabe an Bildung bedeutet aber auch, dass Unterschiede in der sozialen Herkunft nicht über den Bildungserfolg entscheiden dürfen. Sprachförderung, individuelle Förderung, interkulturelle Kompetenz, positive Berücksichtigung unterschiedlicher Erfahrungshintergründe sowie Stärkung der persönlichen Motivation müssen an die Stelle von Ausgrenzung treten. Immer mehr Kinder geben immer früher die Erwartung auf, in der Gesellschaft einen erfüllenden und befriedigenden Platz zu finden, und resignieren bereits in der Grundschule. Individuelle Förderung und Armutsbekämpfung, Stärkung der Motivation und bessere Zukunftsperspektiven für Kinder und Jugendliche gehören daher zusammen.

Eine Schule für alle kann der sozialen Entmischung von Schulen und Stadtteilen langfristig entgegenwirken. Die arbeitsmarkt-, sozial- und stadtentwicklungspolitischen Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Teilhabe an Bildung werden jedoch nur schrittweise durchzusetzen sein. Das bedeutet, dass die Probleme in den sozialen Brennpunkten nicht von heute auf morgen verschwinden. Daher fordern wir, dort in allen Klassen mit einer Lehrerdoppelbesetzung und einer Klassenfrequenz von höchstens 20 SchülerInnen zu arbeiten.

Das 2-Säulen-Modell – ein alter Hut

Im Rahmen der Schulstrukturveränderungen wird intensiv diskutiert, ob *eine Schule für alle* eingerichtet oder die Schulform des durchgängigen Gymnasiums erhalten bleiben soll. DIE LINKE lehnt eine Verfestigung der sozialen Auslese durch das angestrebte 2-Säulen-Modell entschieden ab. SchülerInnen nach hierarchisch gegliederten Schulsystemen zu sortieren, ist keine fachliche, sondern eine durch und durch politische Entscheidung. Die Regierungskoalition beruft sich auf den Elternwillen, wenn sie behauptet, dass die Mehrzahl das Gymnasium wünscht und es deshalb auch nicht abgeschafft werden dürfe. Doch diese Argumentation ist so nicht richtig.

Das Anliegen der meisten Eltern ist nicht das Gymnasium „an sich“. Vielmehr wünschen sie sich für ihre Kinder eine Schule, die deren Teilhabe an gesellschaftlichen Möglichkeiten möglichst gut und aussichtsreich absichert. Eltern wählen das Gymnasium nach der 4. Klasse deswegen so häufig an, weil sie davon ausgehen, ihrem Kind so die bestmögliche Bildung zuzusichern – wohl wissend, dass Abschlüsse auf Sekundarschulen und Förderschulen kaum Chancen auf weiterreichende Ausbildungsperspektiven bieten.



Bei ihren Anwahlen haben Eltern individuell nur die Möglichkeit, zwischen Schulformen zu entscheiden, die zwar jeweils nicht unbedingt „das Gelbe vom Ei“ sind, zwischen denen man sich aber dem bestehenden Konkurrenz- und Hierarchiesystem gemäß entscheiden muss. Wenn Schulpolitik jetzt ein zwar neues, aber erneut hierarchisches Schulsystem einführt, so werden Eltern weiterhin danach streben, eine in der Rangfolge oben stehende Schulform anzuwählen, die für die Zukunft ihrer Kinder „das Meiste herausholt“.

Wenn allen Eltern nun garantiert würde, dass die Bildungschancen nicht nur im anzuwählenden Einzelfall, sondern schulübergreifend so hochwertig sind, dass sich die Zukunftsaussichten aller Kinder deutlich verbessern, würde die Entscheidung viel seltener „Gymnasium“ und viel häufiger „eine Schule für alle“ heißen. Denn Eltern geht es in der Regel nicht automatisch um das Gymnasium, sondern um eine garantierte, qualitativ hochwertige Bildung für ihr Kind – als Bedingung für eine gute Zukunftsperspektive.

Nicht erst seit Einführung des G8-Modells (durchgängiges Gymnasium mit Abitur nach 12 Jahren) kritisieren immer mehr Eltern und SchülerInnen die gymnasiale Schulform. Was zunehmend gegen das Gymnasium spricht, sind:

- große Klassen,
- Verschärfung von Konkurrenzverhalten,
- zu starke Verdichtung kognitiver Lerninhalte,
- zu geringe Vermittlung von Sozialkompetenz,
- Erhöhung der Wochenstundenzahl – wenig Zeit für Freizeitaktivitäten, Sport etc.

Was spricht gegen ein 2-Säulen-Modell?

1. Ein 2-Säulen-Modell hebt die Konkurrenz zwischen den Schularten und die frühe soziale Selektion nicht auf: 25 Prozent aller SchülerInnen sollen aktuellen Einschätzungen zufolge nach der 4. Klasse durchgängige Gymnasien besuchen, 75 Prozent die zweite Säule.

2. Schon ab dem ersten Schuljahr müssen SchülerInnen ihr Gymnasialniveau unter Beweis stellen. Die Konkurrenz unter den SchülerInnen wird gefördert, gemeinsames Lernen entsprechend behindert.

3. Diese Frühauslese hemmt Leistungspotentiale: Wie die PISA-Studien beweisen, wird erst dann der Bildungserfolg von der sozialen Herkunft entkoppelt, wenn alle SchülerInnen *lange* gemeinsam lernen. Der Vergleich zwischen PISA 2000 und PISA 2003 macht zudem deutlich: Im Gymnasialbereich hat es in Deutschland keinen Zuwachs an „Leistungsstärke“ gegeben.

4. Das 2-Säulen-Modell begünstigt, dass Schulen und Stadtteile sich sozial entmischen. Dies führt unweigerlich zu Schulen erster und zweiter Klasse.

5. Der Unfriede an den Schulen ist unter diesen Voraussetzungen programmiert: Eltern, die bei der Anwahl durchgängiger Gymnasien abgewiesen werden, werden ihren Anspruch auf diese Beschulung für ihre Kinder durchsetzen wollen. Mit gerichtlichen Verfügungen und ähnlichen Begleiteffekten ist zu rechnen.

6. Die verdichteten Leistungsanforderungen im gymnasialen Bildungsgang G8 führen nach den Erfahrungen in anderen Bundesländern zu sozialer Vereinsamung, psychosomatischen Erkrankungen und erhöhter Einnahme von leistungssteigernden Medikamenten.

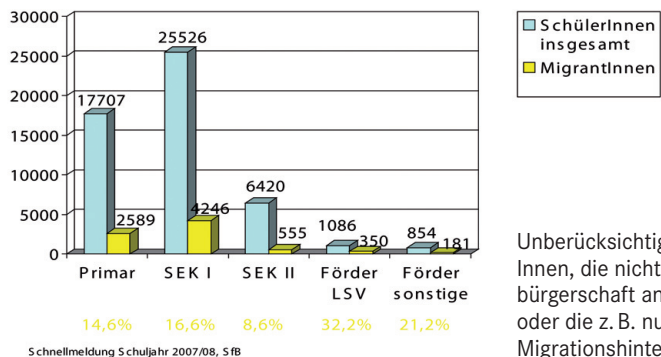
Eine Schule für alle

- *Eine Schule für alle* ermöglicht langes gemeinsames Lernen, ist leistungsfähig und hebt das Bildungsniveau aller SchülerInnen.
- Längeres gemeinsames Lernen stärkt die schulischen wie auch sozialen Kompetenzen von allen.
- *Eine Schule für alle* verringert die soziale Selektion und erhöht die Bildungschancen aller, indem sie nicht aufgrund von Herkunft ausgrenzt.
- *Eine Schule für alle* wirkt der gesellschaftlichen Entmischung entgegen.
- Es gibt keinen fachlichen Grund, diesen Schritt nicht zu wagen.

Kulturelle Offenheit und Migration

Die Lebenssituation vieler MigrantInnen ist durch geringe Bildungschancen gekennzeichnet. Allein aufgrund geringerer Deutschkenntnisse sind sie besonders oft von Ausgrenzungen betroffen. Hinzu kommt die geringe interkulturelle Kompetenz des bestehenden Schulsystems, das in seinen Inhalten, Bildern, Verhaltenserwartungen und seiner pädagogischen Praxis auf eine deutsche Mittelschichtklientel zugeschnitten ist. Im Ergebnis sind die Leistungsunterschiede laut OECD-Studie zwischen SchülerInnen mit und ohne Migrationshintergrund besonders groß. MigrantInnen werden überproportional an die Sekundarschulen verwiesen und in Förderzentren abgeschoben, verhältnismäßig selten absolvieren sie ihre Schullaufbahn mit dem Abitur.

SchülerInnenzahlen Stand: 1.11.07



Unberücksichtigt blieben MigrantInnen, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben, oder die z. B. nur ein Elternteil mit Migrationshintergrund haben.

Es ist unbestritten, dass MigrantInnenkinder das gleiche Leistungsvermögen aufweisen wie Kinder ohne Migrationshintergrund. Der Unterschied besteht darin, dass MigrantInnenkinder aus sprachlichen Gründen mehr Zeit und vielfältige kognitive Anreize benötigen, um gleichwertige Resultate zu erbringen. Diese Zuwendung wird ihnen in *einer Schule für alle* zuteil.

Die soziale Spaltung der Stadt trennt nicht nur Arm und Reich, sondern separiert außerdem Migrantenfamilien in sozial benachteiligte Wohnviertel. Die Stadtteile Bremens mit dem höchsten MigrantInnenanteil (über 22 Prozent der Bevölkerung) sind: Tenever, Gröpelingen, Utbremen, Hemelingen und Grohn. In der Grundschule Glockenstraße (Hemelingen) weisen 69 von 150 SchülerInnen einen Migrationshintergrund auf (Stand: 1.11.2007). Im Gegensatz dazu gibt es in allen Schwachhauser Grundschulen bei insgesamt 1.170 SchülerInnen nur 58 mit Migrationshintergrund (Schnellmeldung Schuljahr 2007/08 der Senatorin für Bildung, 1.11.2007).



Miteinander ringen statt gegeneinander

Bildungspolitik ist in den letzten Jahren wenig unternommen worden, um gerade Kinder mit sozial benachteiligter Herkunft zu fördern. Immer weiter durch die soziale Entmischung der Wohngebiete ausgegrenzt, geraten sie außerdem durch z. B. fortwährende Kürzungen beim Sozialstrukturbedarf ins gesellschaftliche Abseits. In der Konsequenz nimmt die Motivation, sich an Leistung und Bildung zu beteiligen, bei Kindern mit Migrationshintergrund mehr und mehr ab. Wissenschaftliche

Untersuchungen zeigen, dass diese Kinder sich nicht erst im Jugendalter zurückziehen, sondern bereits im Alter von 6 Jahren resignieren.

Keine Frage: Die Politik der letzten Jahrzehnte hat im Bereich der Integration versagt, die Entwicklung zu einer Gesellschaft des wechselseitigen Miteinanders steht größtenteils noch aus. Dass die Integration der betreffenden Kinder nur in Ansätzen gelungen ist, ist auch einem Versagen der Bildungspolitik geschuldet.

Damit das gleichberechtigte Miteinander der Kulturen realisiert werden kann, sind im Bildungsbereich zwei Grundbedingungen zu erfüllen: ein durchgängiges Sprachförderkonzept und Förderung der interkulturellen Kompetenz.

Um Sprachbarrieren zu überwinden, wurden zwar immer wieder gute Ansätze angeschoben, wie z. B. Sprachförderprogramme, Projekte wie „Rucksack“, „Mama lernt Deutsch“, „Ostapje“ und vieles mehr. Doch diese Maßnahmen finden bei weitem nicht bedarfsgerecht statt und sind auch nicht in ein durchgängiges Sprachförderkonzept eingebunden.

Ein durchgängiges Sprachförderkonzept setzt voraus, dass für alle Kinder ab der Geburt eine kontinuierliche Sprachförderung gewährleistet wird. Hierfür ist es unabdingbar, dass Krippen und Ganztagsplätze in den Kindergärten deutlich ausgebaut werden. Ebenso wichtig ist es, dass die Familien mit einbezogen werden, um gemeinsam alle sozialen und sprachlichen Räume des Kindes einzubeziehen, Barrieren zu überwinden und die Vielfältigkeit als Grundlage von Entwicklung zu nutzen.

Ein durchgängiges Sprachförderkonzept praktiziert Mehrsprachigkeit. Dabei ist Deutsch die hauptsächlich gesprochene Sprache der gemeinsamen Kommunikation. Alle anderen Sprachen und Kulturen müssen jedoch in den Alltag des Lernens einbezogen werden, damit Bildung das widerspiegelt, was an Vielfalt vorhanden ist.

Mehrsprachigkeit kann auf verschiedene Weisen ausgestaltet werden: Sie kann sich von der zweisprachigen Erziehung, über Deutsch als Fremdsprache, über die „Muttersprache“ als erste oder zweite Fremdsprache bis hin zur Mehrsprachigkeit von LehrerInnen und Erzieherinnen erstrecken. Wie Mehrsprachigkeit letztlich praktiziert wird, hängt immer von der konkreten Zusammensetzung der jeweiligen Lerngruppen ab. Wichtig ist, dass interkulturelle Kompetenz in Erziehung und Bildung als Bereicherung begriffen und erfahrbar wird.

Interkulturelle Kompetenz bedeutet das gleichberechtigte Miteinander aller demokratischen Kulturen und sprachlichen Traditionen. Sie ist ein Prozess, der kulturelle und sprachliche Aufgeschlossenheit und Neugier voraussetzt. Sie geht einher mit gegenseitiger Akzeptanz und Wertschätzung der unterschiedlichen Kulturen auf der Grundlage demokratischer Menschenrechte. Eine mehrsprachige Orientierung aller Bildungseinrichtungen ist vor diesem Hintergrund mehr als ratsam.

Integration der SchülerInnen mit Förderbedarf

Eine Schule für alle stellt die Entwicklung der individuellen Kompetenzen in den Mittelpunkt des Lernens – dies gilt auch für FörderschülerInnen. Die ganze Person wird in den Lernprozess durch praktisches Handeln einbezogen. So erhält jede/r Schüler/in die Bestätigung, etwas leisten, Neues hinzulernen und später wieder anwenden zu können. Dies gilt sowohl für fachliche Leistungen als auch für alle sozialen Kompetenzen. Im Ergebnis wird nicht nur das individuelle, sondern auch das allgemeine Bildungsniveau angehoben: Jede/r lernt, nicht auf vermutlich „schwächere“ SchülerInnen herabzusehen, sondern ihnen helfen zu können und sich durch das gemeinsame Lernen gegenseitig wertzuschätzen. *Eine Schule für alle* grenzt also nicht aus, sondern nutzt die „Heterogenität“, d. h. die Vielfalt aller, als gemeinsamen Vorteil.

Um die Integration der Förderkinder in die Regelschule zu verwirklichen, muss für jede/n Förderschüler/in frühzeitig ein durchgehender Förderplan entwickelt werden, der den Unterstützungsbedarf verlässlich festlegt. Dieser Förderplan bildet die Grundlage für die nachfolgende Arbeit und wird fortlaufend überprüft und dem weiteren Entwicklungsstand des Schülers/der Schülerin angepasst. Für die Eltern muss diese Betreuung aus einer Hand erfolgen (z. B. einer Stelle im Stadtteilzentrum), auch wenn die Fördermittel von verschiedenen Kostenträgern übernommen werden.

SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in öffentlichen Grundschulen:

	Stadtgemeinde Bremen	Stadtgemeinde Bremerhaven	Land Bremen
IntegrationsschülerInnen	1.422	346	1.768
GrundschülerInnen Klasse 1–4	18.098	3.869	21.967
Anteil Integrationsschüler- Innen an GrundschülerInnen	7,9%	8,9%	8,0%

Vorlage der Senatorin für Bildung für den Fachausschuss Schulentwicklung am 19.6.2008

SchülerInnen der Förderzentren LSV (Lernen-Sprache-Verhalten) werden seit mehreren Jahren in die Grundschulen integriert. Allerdings sind die Stundenzuweisungen pro Kind so gering, dass die Integration dieser Kinder stark gefährdet ist. Lediglich 2,54 Stunden Förderbedarf pro Kind und Woche führen dazu, dass fast alle FörderschülerInnen den kognitiven Leistungsanforderungen der Regelschule

nicht entsprechen und somit nach der Grundschulzeit wieder in isolierten Förderzentrumsklassen unterrichtet werden.

Für diese SchülerInnen stellt sich das Gefühl des persönlichen Versagens ein. Grenzt man sie – und sei es mit dem Hinweis, in den Förderzentren persönlicher gefördert werden zu können – institutionell aus und führt sie in eine Situation, in der es weniger Lernanreize durch Gleichaltrige gibt, nimmt ihr Leistungsvermögen noch weiter ab. Produktiver ist es, in einer anspruchsvollen Umgebung zu lernen, die viele Anreize bietet und bei den eigenen Stärken ansetzt.

Um alle Kompetenzen auszubauen und Lernentwicklungsmöglichkeiten vielseitig zu fördern, ist es wichtig, SchülerInnen vielfältige Wege des Lernens zu eröffnen. Sie brauchen genügend Zeiträume und klare Lernstrukturen.

Die Förderzentren für Wahrnehmung und Entwicklung kooperieren seit zwölf Jahren mit den Regelschulen. Kooperative Beschulung bedeutet, dass die geistig gehandicapten SchülerInnen in Teilbereichen ihrer Klasse unterrichtet werden, aber auch durchgängig fächerübergreifend und projektorientiert mit der Partnerklasse (Regelklasse) lernen. Die LehrerInnen arbeiten in Teams.



Barrierefreie Wege schaffen!

Bei den SchülerInnen der Förderzentren Hören und Sehen besteht wenig Integrationserfahrung, nur einzelne Hörgeschädigte nehmen am Unterricht der Regelschule teil. Aus diesem Grunde ist es erforderlich, dass die betroffenen Schulen in den einzelnen Stadtteilen, die Förderzentren sowie die Eltern und SchülerInnen ein gemeinsames Konzept erstellen, wie die schrittweise Integration hier vollzogen werden kann.

Für die körperbehinderten SchülerInnen müssen in den Schulen die baulichen Voraussetzungen geschaffen werden, damit sie nicht schon auf dem Weg ins Klassenzimmer durch Barrieren ausgeschlossen werden. Wer Integration wirklich will, findet auch technische Wege und Möglichkeiten, um diese zu realisieren.

DIE LINKE fordert: Alle SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden – unter Berücksichtigung ihrer speziellen Erfordernisse – in *eine Schule für alle* integriert.

Anforderungen an eine zeitgemäße Schule

Für DIE LINKE bedeutet Schule nicht nur die Vorstufe zu einer Ausbildung, die allein für den Arbeitsmarkt qualifiziert: Schule muss Bildung vermitteln und so zur individuellen Persönlichkeitsentwicklung genauso beitragen, wie sie Menschen befähigen muss, verantwortungsbewusst und solidarisch an einer demokratischen Gesellschaft teilzuhaben. Das derzeitige Schulsystem wird beiden Zielen nicht hinreichend gerecht.

Die gesellschaftlichen Bedingungen, um an der Arbeitswelt partizipieren zu können, haben sich stark verändert. Fundiertes Fachwissen ist weiterhin notwendig, jedoch nur *eine* Voraussetzung, um in der heutigen Wissensgesellschaft zu bestehen. Mindestens genauso wichtig sind weitere Kompetenzen wie Teamfähigkeit, Selbstständigkeit, Motivation, Verantwortungsbereitschaft, Aufgeschlossenheit gegenüber allem Neuen, ganzheitliches Denken in Prozessen sowie Eigeninitiative, Kreativität und Zuverlässigkeit. Dennoch folgt das Bremer Bildungssystem nach wie vor den Maßgaben einer Industriegesellschaft, die vornehmlich auf die Vermittlung von Fakten abhebt.

Auch die Anforderungen für eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben haben sich geändert. Soziale Milieus lösen sich auf, Lebensläufe sind flexibler geworden. Gleichzeitig hat im Zuge der Globalisierung auch die Komplexität von gesellschaftlichen Prozessen zugenommen. Dies bedeutet für SchülerInnen, dass sie neben dem Fachwissen über weitere personelle Kompetenzen verfügen müssen. Hierzu zählen Selbstwertgefühl, Problemlösungsvermögen, Eigenmotivation, Zielstrebigkeit, Durchhaltevermögen, Empathie- und Kritikfähigkeit.

Die Anforderungen an LehrerInnen setzen nicht nur umfassendes und aktuelles Fachwissen voraus, sondern auch eine hohe soziale Kompetenz, gute diagnostische Fähigkeiten und vielfältige Methodenkenntnisse. Dies bedeutet aber nicht nur, mit unterschiedlichen Theorien und Arbeitsweisen umgehen zu können, sondern den Schulalltag so zu gestalten, dass der lehrerzentrierte Unterricht in den schülerzentrierten Unterricht umgewandelt wird.

LehrerInnen stellen sich zwar der Aufgabe, auf gesellschaftliche Prozesse bzw. die veränderten Lebenssituationen von Kindern und Jugendlichen einzugehen, den Rahmenlehrplänen sowie bildungspolitischen Veränderungen zu entsprechen. Gleichwohl werden sie mit methodischen Fragen, Problemen im Unterricht und ihren vielfältigen Erziehungsaufgaben häufig allein gelassen oder überfordert. Qualifizierungsmaßnahmen werden vom Arbeitgeber nicht ausreichend unterstützt und können oft nur unter Inkaufnahme von Mehrarbeit wahrgenommen werden. Folgen davon sind Krankheit, Resignation und Rückzug.

SchülerInnen versuchen ihrerseits, den Anforderungen der Schule zu entsprechen. Der traditionelle Unterricht ist im Wesentlichen immer noch durch die Reproduktion von starren Lerninhalten gekennzeichnet, entsprechend kurzfristig wird oft nur für eine Klassenarbeit gelernt. Diese Art des Erwerbs von Kenntnissen bedeutet für viele SchülerInnen, auf Nachhilfeunterricht angewiesen zu sein, um den schulischen Anforderungen zu entsprechen. Im Ergebnis haben viele SchülerInnen nicht nur ein Gefühl des persönlichen Versagens, sondern zeigen häufig auch Schulunlust. Desinteresse, Unselbstständigkeit, Oberflächlichkeit, Verhaltensauffälligkeiten, mangelndes soziales Verhalten, geringe Leistungsbereitschaft bis hin zu psychosomatischen Krankheiten sind die Folgen.

Statt das Bildungssystem und die Ausbildung der LehrerInnen grundlegend zu reformieren, wird an hierarchischen Strukturen und traditionellen Lehr- und Lernweisen festgehalten. SchülerInnen und LehrerInnen können ihr Bestes geben, doch das System kommt ihnen nicht entgegen. Stattdessen entwickelt sich eine Kultur der gegenseitigen Schuldzuweisungen: LehrerInnen geben den Eltern die Schuld am Schulversagen ihrer Kinder, da jene sie nicht ausreichend unterstützen. Eltern machen den Unterricht der LehrerInnen für die schlechten Leistungen ihrer Kinder verantwortlich.



Lernen ohne Versagensängste und Schulfrust

Das gesellschaftliche Wissen darüber, wie Lernleistung, Motivation und Arbeitszufriedenheit gesteigert werden können, ist längst vorhanden. Einzelne Teams und Schulen versuchen, Veränderungen zu bewirken, indem sie das Arbeiten und Lernen umgestalten. Aber in der Bremer Bildungspolitik sind in den letzten Jahren ständig Mittel gekürzt und die Leistungsansprüche an die LehrerInnen zunehmend verdichtet worden. Deren Ausbildung entspricht vielfach nicht den heutigen Anforderungen von Schule. Die hohe Belastung und Verantwortung der LehrerInnen wird nicht ausreichend wertgeschätzt. Demokratische Beteiligungsprozesse wurden mehr und mehr beschnitten und verlässliche Strukturen und Ressourcen, um die Bildungsmisere zu überwinden, politisch nicht geboten.

Eckpunkte für *eine Schule für alle*

Die ideellen Grundsätze und praktischen Vorteile *einer Schule für alle* können nur dann vernünftig zum Tragen kommen, wenn die spezifischen Bedingungen der je einzelnen Schule berücksichtigt werden und sie bei Bedarf auf externe Unterstützung zurückgreifen kann, z. B. durch das Landesinstitut für Schule. Vom Prinzip her sind die Leitgedanken *einer Schule für alle* jedoch für alle Schulen gleich: Entkopplung von Bildungserfolg und sozialer Herkunft, Realisierung hochqualifizierter Bildung für alle, keine Selektion, sondern langes gemeinsames Lernen und individualisierter Unterricht. Ausgangspunkt des Lernens sind die vielseitigen Kompetenzen der Kinder, die demokratische Beteiligung und die Verantwortung aller an Schule Beteiligten.

Gemeinsame Entwicklungen voranzutreiben setzt demokratisches Handeln und die Mitbestimmung aller AkteurInnen voraus. *Eine Schule für alle* unterstützt somit die Einflussmöglichkeiten aller Beteiligten. SchülerInnen, Eltern, nicht-unterrichtendes Personal, pädagogische MitarbeiterInnen, LehrerInnen und Schulleitungen wirken verantwortungsvoll bei der Schulentwicklung und in allen Gremien mit. Schule und Familien arbeiten auf gleicher Augenhöhe vertrauensvoll zusammen, um die Fähigkeiten der SchülerInnen auszuschöpfen und Schule weiterzuentwickeln. Grundlegende Veränderungen werden nicht dadurch herbeigeführt, dass man sie von oben nach unten durchsetzt, sondern alle von unten nach oben beteiligt.

Um Schule maßgeblich zu verändern, wurde in den letzten Jahren vielfach auf die Maßnahme gesetzt, die Entscheidungsbefugnisse von Schulleitungen zu erweitern. Das konkrete Ziel wurde dadurch nicht erreicht. Und auch in gesellschaftlicher Hinsicht ist dieser hierarchische, machtzentrierte Entwicklungsprozess kein Fortschritt. Eine Schulleitung, die die Aufgabe hat, Entwicklungen voranzutreiben, wird dies mit dem Mittel alleiniger Entscheidungsgewalt nicht erreichen. Veränderungsprozesse können nur dann erfolgreich sein, wenn alle Beteiligten demokratisch an Schulentwicklungen beteiligt werden, einzelne Neuerungen inhaltlich begründet sind und von vielen unterstützt werden. Daher müssen die schulgesetzlichen Grundlagen in Bezug auf demokratische Mitbestimmung revidiert werden.

Eine Schule für alle wird als gebundene Ganztagschule mit kostenlosem Mittagessen geführt. Der traditionelle Unterricht wird nicht auf den ganzen Tag ausgedehnt. Vielmehr wird der Schultag durch einen dem Lernrhythmus von Kindern und Jugendlichen angepassten Wechsel von Unterricht, Ruhe- und Rückzugsphasen, Arbeitsgemeinschaften sowie kulturellen und sozialen Angeboten ausgestaltet. Die Ganztagschule nimmt die vielfältigen Interessen der SchülerInnen auf und fördert sie in ihren individuellen Kompetenzen; sie arbeitet jahrgangsübergreifend und stärkt das gemeinsame soziale Leben in der Schule. Die Schule ist keine „Unterrichtsmaschine“ im 45-Minuten-Takt, sondern ein Arbeits- und Lebensort, ein Raum für Gestaltung und Begegnung. Schulische Kooperationsformen zu Einrichtungen im Stadtteil werden ausgebaut. Eine gute Ganztagschule legt Grundlagen für ein produktives Schulklima und trägt Konflikte gewaltfrei aus.

Eine Schule für alle benötigt ein verlässliches Personalkonzept: das 20-Plus-Modell. Um alle grundlegenden Kompetenzen in den Grundschuljahren zu erwerben, wird in jeder Klasse eine Doppelbesetzung von LehrerInnen bei einer Klassengröße von 20 SchülerInnen durchgeführt. Für die Integration von Kindern mit Förderbedarf werden die Zuweisungen auf 5 zusätzliche Lehrerstunden pro Woche und Kind erhöht. Das Modell der Kooperationsklassen wird fortgeführt und ausgebaut. Die Anzahl der Kooperationskinder wird auf 4 begrenzt. In sozialen Brennpunkten werden weitere 15 Lehrerstunden pro Woche eingesetzt, um die sprachlichen und sozialen Kompetenzen der Kinder zu fördern. In den folgenden Jahren bis Klasse 10 bleibt die Klassengröße von 20 SchülerInnen erhalten, ebenso die oben ausgewiesene Stundenanzahl für SchülerInnen mit Förderbedarf und für SchülerInnen in sozialen Brennpunkten. Jede Schule entscheidet selbstständig über den konkreten Einsatz des Personals.

Eine gute Schule verfügt über vielfältige räumliche Möglichkeiten. Hier sind große Klassenräume zu nennen, die ausreichend Platz bieten, um in Tischteams zu arbeiten. Räume für Differenzierung, Gruppenarbeit, Ruheräume und Rückzugsmöglichkeiten in der Mittagspause, aber auch Räume für Jahrgangsversammlung, Präsentationen und Aufführungen sowie eine Aula sind einzurichten. Für LehrerInnen werden Arbeitsplätze, Teamarbeitsräume und Ruheräume bereit gehalten.

Eine Schule für alle hat das Ziel, die unterschiedlichen Kompetenzen der SchülerInnen so zu fördern, dass alle mindestens einen mittleren Bildungsabschluss erzielen, alle in der Lage sind, hoch qualifizierte Berufe zu erlernen, und der Anteil der SchulabsolventInnen mit allgemeiner Hochschulreife in Bremen langfristig auf drei Viertel erweitert werden kann.



Viele Hände – viele Kompetenzen

Der Unterricht nutzt die Heterogenität, um die vielfältigen Kompetenzen einzubeziehen und diese für komplexe Ergebnisse und gegenseitige Unterstützung einzusetzen. Die SchülerInnen arbeiten individuell, team- und projektorientiert, fächer- wie auch jahrgangsübergreifend. In der Regel wird binnendifferenziert gearbeitet: jede/r Schüler/in im Klassenverbund nach ihrem/seinem Lerntempo und eigenen Kompetenzen. Eine äußere Differenzierung findet in den letzten Schuljahren je nach individueller Schwerpunktsetzung oder Profilbildung statt.

Die LehrerInnen arbeiten in Jahrgangsteams. Sie planen fächerübergreifenden Unterricht, kooperieren bei jahrgangsübergreifenden Projekten mit anderen Teams. Sie setzen sich mit den Entwicklungen einzelner SchülerInnen gemeinsam auseinander und initiieren Entwicklungsschritte, um die Kompetenzen jedes einzelnen zu erweitern. Sie planen notwendige Fortbildungen für das Team, stellen vielseitiges Unterrichtsmaterial zusammen und bauen die Qualität von Unterricht kontinuierlich

aus. Für Unterrichtsentwicklung und regelmäßige wöchentliche Teamsitzungen werden den LehrerInnen Verfügungsstunden angerechnet.

Eine hohe Fachkompetenz, diagnostisches Vermögen, umfassende Methodenkenntnisse und hohe soziale Kompetenzen sind Voraussetzungen, um guten Unterricht durchzuführen. LehrerInnen sind darin zu unterstützen, ausreichende Fortbildungen in diesen Bereichen zu absolvieren. Sie erhalten unterrichtliche Entlastung für die Weiterentwicklung ihrer Kompetenzen. Ebenso wichtig ist es, dass die Ausbildung bzw. Prüfung zur Lehrerin/zum Lehrer diesen veränderten Anforderungen angepasst wird.

Um kulturelle Vielfalt zu fördern, sind die LehrerInnen entsprechend zu unterstützen. Die angebotenen Perspektiven reichen von konkreten Umgestaltungsmöglichkeiten des Unterrichts bis hin zur Mitgestaltung eines durchgängigen Sprachförderkonzeptes, von Förderung der Mehrsprachigkeit bei LehrerInnen bis hin zur Motivation von MigrantInnen, sich für diesen Beruf zu entscheiden.

Eine Schule für alle grenzt nicht aus, sondern nutzt die Kompetenzen aller. Sie (be)achtet jede/n Schüler/in mit Förderbedarf. *Eine Schule für alle* integriert durchgängig.



Eine Schule für alle verbindet!

Das Bildungsniveau sämtlicher SchülerInnen in *einer Schule für alle* ist anspruchsvoll. Für die Leistungsbeurteilungen bedeutet dies, dass hier nicht nur die fachlichen Leistungen widerspiegelt werden, sondern alle sozialen Fähigkeiten und Kompetenzzuwächse in den Lernentwicklungsbericht einfließen. Bis zum Ende des 7. Jahrgangs werden deswegen auch keine Ziffernoten erteilt. Eine gute Kultur des Lernens setzt voraus, dass die SchülerInnen weder unter Notendruck noch für die nur nächste Klassenarbeit, sondern nachhaltig und interessengeleitet lernen. Dies setzt Motivation und Zustimmung der SchülerInnen voraus. Der Umgang mit unterschiedlichen Beurteilungsformen belegt, dass SchülerInnen mit Ziffernoten in Vergleichsarbeiten nicht besser abschneiden. Wichtig bei der Beurteilung von

SchülerInnen ist, dass man sich auf die Lernentwicklungen jeder/jedes Einzelnen konzentriert. Lernentwicklungsberichte werden viermal jährlich gemeinsam mit SchülerInnen und Eltern besprochen. Die SchülerInnen stellen bei diesen Gesprächen ihre Entwicklungsfortschritte in schriftlicher und mündlicher Form auch selbst dar. In *einer Schule für alle* wird das Sitzenbleiben abgeschafft.

Frühkindliche Ansätze von hoher Qualität wirken sich nachhaltig auf Bildungsergebnisse aus, insbesondere für Kinder aus bildungsfernen Schichten. Kinder werden von Anfang an durchgängig in ihren Kompetenzen gestärkt. Unterschiedliche Arbeitsweisen und Schwerpunktsetzungen im vorschulischen und schulischen Bereich müssen aufeinander abgestimmt werden, um eine beständige Bildung zu gewährleisten, die niemanden zurücklässt. Bei der Entwicklung eines gemeinsamen Erziehungs- und Bildungsplans arbeiten ErzieherInnen und LehrerInnen, Soziales und Bildung, gleichberechtigt zusammen.

Die Schulen arbeiten stadtteilbezogen. *Eine Schule für alle* ist nicht nur Lernort, sondern auch ein wesentlicher Lebensort für alle. Stadtteilbezogenes Arbeiten ermöglicht den Kindern und Jugendlichen kurze Wege sowie ein kontinuierliches soziales Netz. Die Kooperationsmöglichkeiten mit allen Einrichtungen entwickeln und unterstützen vielfältige Kompetenzen. Die Dezentralisierung motiviert die Familien, sich an Bildung zu beteiligen und Probleme vor Ort zu klären.

Die soziale Zusammensetzung, die Anzahl und Größe der Schulen, die räumlichen Bedingungen und vieles mehr sind in den einzelnen Stadtteilen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Deswegen werden die Kooperationen von vorschulischen Einrichtungen und Schulen sehr unterschiedlich ausfallen. Gleich soll jedoch in allen Stadtteilen sein, dass alle betroffenen Institutionen eng zusammenarbeiten, um ein langes gemeinsames Lernen im Stadtteil konzeptionell und ohne Brüche zu realisieren. Kleine Grundschulen werden bei räumlichen Voraussetzungen mit Kitas unter einem Dach arbeiten können; andere Schulen werden die inhaltliche Zusammenarbeit ohne räumliche Verbundenheit zum Schwerpunkt nehmen.

Planungssicherheit schaffen: gesetzlich, finanziell und zeitnah

Zentrale Voraussetzungen, damit *eine Schule für alle* mit hohen Bildungsstandards umgesetzt werden kann, sind Verlässlichkeit und finanzielle Planungssicherheit in der Bildungspolitik sowie die demokratische Mitgestaltung aller AkteurInnen in der Schule.

Für alle Beteiligten im Bildungswesen ist grundlegend, dass das Ziel, eine neue *Schule für alle* zu gewährleisten, im Bremer Schulgesetz festgeschrieben wird. Ein

stetiger Prozess zur Überwindung des maroden Bildungssystems muss auch über die laufende Legislaturperiode hinaus gewährleistet sein.

Neben der langfristig definierten Schulform sind verlässliche Investitionen notwendig. Vergleicht man international die Ausgaben für Bildung, so ist festzustellen, dass Deutschland unter den Industrieländern der OECD zu den Schlusslichtern gehört. Werden die öffentlichen und privaten Ausgaben für Bildungsinstitutionen zusammen betrachtet am Bruttoinlandsprodukt (BIP) gemessen, so liegt Deutschland im Jahr 2003 mit 5,3 Prozent auf dem 19. Rang – bei 28 Vergleichsländern. Im Durchschnitt der OECD werden 5,9 Prozent des BIP für Bildung ausgegeben. Alle skandinavischen Länder wenden einen erheblich höheren Anteil für Bildung auf, den Spitzenplatz nimmt Island mit 8,0 Prozent ein. Diese Länder haben in den PISA-Tests gezeigt, dass sich mit verstärktem Mitteleinsatz Schulen errichten lassen, die hohe Kompetenzen vermitteln und allen sozialen Gruppen bessere Bildungschancen eröffnen.

Wenn man die gesellschaftspolitische Bedeutung von Bildung ernst nimmt, dürfen die finanziellen Zuweisungen nicht der Kürzungspolitik eines Haushalts unterworfen werden. Investitionen in Bildung müssen sich an fachlich ausgewiesenen Forderungen orientieren. Nur so ist zu gewährleisten, dass alle Kinder auf hohem Bildungsniveau unterrichtet werden und die Zukunft unserer Gesellschaft positiv gestalten können.

Um Teamarbeit sowie individualisierten und interkulturellen Unterricht an allen Schulen einzuführen, Kinder mit Förderbedarf durchgängig zu integrieren und die durchgängigen Gymnasien schrittweise in *eine Schule für alle* zu überführen, braucht es neben gesicherten Ressourcen nicht zuletzt Zeit.

Aus diesem Grunde ist es sinnvoll, die kontinuierliche Umstellung aller Schulen schrittweise und mit einem verlässlichem Investitionsmodell durchzuführen: Im Schuljahr 2009 / 10 wird damit begonnen, dass alle SchülerInnen der 1. und 5. Jahrgangsstufe gemeinsam beschult werden. Dieser Prozess wird in den darauf folgenden Jahren fortgeführt, so dass die SchülerInnen zum Schuljahr 2014 / 15 in *eine Schule für alle* übergehen können.

Die Bildungspolitik grundsätzlich zu verbessern, setzt aber auch den Mut von Politik voraus, sich kooperativ auseinanderzusetzen sowie zu realisieren, was fachlich (und im internationalen Vergleich) längst als zukunftsweisend belegt ist. Wer die Entscheidung zugunsten *einer Schule für alle* ablehnt, spaltet die Gesellschaft in eine kleine Gruppe, der umfassende Teilhabe und selbstständige Lebensgestaltung zugesichert wird, und den großen Rest derer, denen diese Perspektive verwehrt wird. Wer sich gegen *eine Schule für alle* stellt, wird die Bildungsmisere nicht maßgeblich bekämpfen.

DIE LINKE setzt sich unter allen parlamentarischen Parteien als einzige konsequent für *eine Schule für alle* ein. Aber auch der Zentrale Elternbeirat, die Gesamtschülervertretung und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sprechen sich für das Modell „*Eine Schule für alle*“ aus.

Wenn die Potentiale vieler SchülerInnen vergeudet werden und eine aussichtsreiche Zukunft in dieser Gesellschaft nur denen offen steht, die sich eine teure Bildungskarriere leisten können, muss das Bildungssystem grundlegend reformiert werden. *Eine Schule für alle* ist die vielversprechendste Chance zu einer besseren, lebensbegleitenden Bildung für alle. Deswegen will DIE LINKE dieses Konzept verwirklichen.

Nachwort

Diese Broschüre ist im Rahmen der aktuellen Diskussionen um die Umstrukturierung der Bremer Bildungslandschaft entstanden.

Die derzeitige Auseinandersetzung über das Modell *eine Schule für alle* legt den Schwerpunkt auf die Bildung bis zur 10. Klasse des Sekundarbereichs I. Aus diesem Grund sind die schulischen Bereiche der Sekundarstufe II, die Fachhochschul- und die Hochschulbildung sowie die Weiterbildung in dieser Broschüre ausgespart worden, auch wenn sie ebenso bedeutsam sind.

Ebenfalls aus Gründen der Umfangsreduktion nur angerissen wurden wichtige Themen wie die individuellen und demokratischen Rechte der an Bildung Beteiligten oder frühkindliche Bildung.

Mit dieser Broschüre möchte die Fraktion DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft alle an der bildungspolitischen Debatte Interessierten zu einem Richtungswechsel zugunsten *einer Schule für alle* ermutigen. Die Verwirklichung dieses Ziels stellt eine echte Herausforderung dar. Unsere hier vorgestellten Positionen können den Umsetzungsprozess unterstützen und sollen dabei weiter entwickelt werden.

Impressum

Diese Broschüre wurde erstellt unter Mitarbeit von Doris Achelwilm, Agnes Alpers, Jost Beilken, Johannes Bock, Michael Horn, Christoph Spehr und des Arbeitskreises „Emanzipatorische Bildung“.

Herausgeberin: Fraktion DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft

V.i.S.d.P.: Leo Stefan Schmitt

Anschrift: Tiefer 8, 28195 Bremen

www.linksfraktion-bremen.de

Bremen, im August 2008



EINE SCHULE FÜR ALLE!

Eine Diskussionsveranstaltung zur
Schulentwicklung im Land Bremen
der Fraktion DIE LINKE in der
Bremischen Bürgerschaft

**am 27. September 2008, ab 16 Uhr
im Roten Saal des Speicher XI,
Bremen (Überseestadt)**

**Kommen Sie vorbei – diskutieren
Sie mit uns!**

Aktuelle Infos und Materialien unter
www.schulentwicklung-bremen.de

DIE LINKE.

Fraktion in der
Bremischen Bürgerschaft

Tiefer 8, 28195 Bremen
Telefon: 0421 205297-0
Telefax: 0421 205297-10
www.linksfraktion-bremen.de
mail@linksfraktion-bremen.de
V.i.S.d.P.: Leo Schmitt